

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 sind die **CSU-Pläne zum Gesundheitsfonds** Thema. Außerdem wird hier über einen **Besuch von Rolf Schwanitz beim Kinderschutzbund in Reichenbach** berichtet.

In seinem Kommentar auf Seite 2 bezeichnet Rolf Schwanitz den **Mindestlohn als Schicksalsfrage fürs Vogtland**.

Auf der dritten Seite übergibt Schwanitz den Preis an den Gewinner des **Plakatwettbewerbs zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns**. Daneben geht es hier um den Vorschlag einer **Finanztransaktionssteuer**.

Die **Afghanistan-Mission zum Abschluss zu bringen**, wird auf Seite 4 gefordert. Darüber hinaus gibt es auf dieser Seite einen Bericht vom **Gesundheitstag in Auerbach**.

Auf Seite 5 werden **zehn Gründe**, die **gegen eine schwarz-gelbe Bundesregierung** sprechen aufgeführt und **Nazis aus dem Takt gebracht**.

Auf der letzten Seite schließlich sind die **letzten Infostandtermine von Rolf Schwanitz** zu finden und es wird über zwei **Wählerforen** berichtet. Die **frechen Strolche** beschäftigen sich natürlich mit der Frage, **warum die Vogtländer am nächsten Sonntag zur Bundestagswahl gehen sollten**.

## Vor der Entscheidung

Am nächsten Sonntag wird auch im Vogtland darüber entschieden, in welche Richtung sich Deutschland in den nächsten Jahren entwickeln wird. Sollen die Marktradikalen von CDU/CSU und FDP künftig das Sagen haben oder gibt es eine sozialdemokratische Zukunftsperspektive? Die Positionen der beiden politischen Lager sind in den letzten Wochen deutlich geworden: Schwarz-gelb verspricht nicht finanzierbare Steuersenkungen, will Dumpinglöhne, im Finanzcasino weiterspielen, ein privatisiertes Gesundheitssystem und zurück zur Atomkraft.

Wichtigstes Wahlziel der SPD ist es, dies zu verhindern. Die Sozialdemokraten setzen auf mehr Gerechtigkeit mit einem gesetzlichen Mindestlohn und einer internationalen Finanztransaktionssteuer sowie ein solidarisches Gesundheitssystem. Und es soll eine Perspektive für den Abzug aus Afghanistan geben. Während die CDU keine Antwort auf die Frage gibt, wie und wo in Deutschland künftig Arbeitsplätze entstehen, hat die SPD mit dem Deutschlandplan konkrete Vorstellungen dazu entwickelt. Die Menschen haben am 27. September also die Wahl. Eine Wahl, bei der die Erststimme im Vogtland eine besondere Bedeutung hat. Denn die CDU wird in Sachsen über die gewonnenen Erststimmen voraussichtlich wieder mehr Direktkandidaten in den Bundestag schicken, als ihr nach der Anzahl der Zweitstimmen eigentlich zustehen würde. Diese so genannten Überhangmandate verändern die proportionale Zusammensetzung des Bundestags. Die CDU hat bei der letzten Bundestagswahl in Sachsen insgesamt 14 Direktmandate (so auch im Vogtland) gewonnen, von denen vier Überhangmandate waren, die der CDU nach dem Zweitstimmenergebnis in Sachsen nicht zugestanden hätten. Ohne diese Überhangmandate wäre die SPD jetzt stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Viele Beobachter rechnen damit, dass schwarz-gelb bei dieser Bundestagswahl erneut die Mehrheit der abgegebenen Stimmen verfehlt, aber durch die Überhangmandate eine Mehrheit im Parlament erreicht. Für die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag spielt es also eine wichtige Rolle, wer im Vogtland die meisten Erststimmen erhält. Der SPD-Bundestagskandidat Rolf Schwanitz wirbt deshalb um die Erststimme aller Menschen im Vogtland, die schwarz-gelb verhindern wollen.



## Schwanitz beim "Biertischrekord" dabei



Auf seiner Wahlkampftour durchs Vogtland war Rolf Schwanitz nicht nur beim Plauener Herbst zu finden, sondern auch beim Stadt- und Gewerbefest in Adorf. Hier führte er zahlreiche Gespräche mit den Bürgern und beteiligte sich daran, den Rekord, längster Biertisch im Vogtland zu sein, zurück nach Adorf zu holen. Die Bedingungen waren günstig. Denn das Wetter zeigte sich zum Stadtfest in Adorf von seiner besten Seite. 240 Liter Freibier und die durchs Mikrofon verstärkten Aufforderungen von Bürgermeisterin Mariechen Bang sorgten dafür, dass genügend Einheimische und Gäste an dem langen Biertisch Platz nahmen. Der im letzten Jahr von Lengenfeld aufgestellte Rekord konnte so um 42 Meter überboten werden.

## Weltkindertag in Reichenbach

Anlässlich des bevorstehenden Weltkindertages hatte der Kinderschutzbund Reichenbach am 16. September Kinder, Eltern und Großeltern in das Haus der Vereine eingeladen. Besonders erfreut zeigte sich Isabella Schulz, die Vorsitzende des Kinderschutzbundes, dass Rolf Schwanitz im Wahlkampf die Zeit fand, das Fest zu besuchen. Die Frauen des Kinderschutzbundes hatten für die Kinder mehrere Spiele vorbereitet. Wer wollte, konnte Keramiken bemalen oder sich schminken lassen. Neben Kaffee und Kuchen, Fischsemmel oder Bockwurst wurden auch Kutschfahrten angeboten. Rolf Schwanitz testete den "Tischkicker" und schlug

sich dabei mit einem Unentschieden achtbar. Dass die Arbeit des Kinderschutzbundes nach wie vor dringend notwendig ist, wurde Rolf Schwanitz von Isabella Schulz und Regina Springefeld erläutert. Auch in kommenden Zeiten knapper Kassen sollte an das Kindeswohl gedacht werden. Schwanitz wies auf das SPD-Regierungsprogramm hin, welches einen Aktionsplan gegen Kinderarmut vorsieht. Er sagte: "Neben materieller Armut gefährden ungleiche Bildungschancen, gesundheit-



liche Beeinträchtigungen und soziale Ausgrenzung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb will die SPD einen abgestimmten Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen, in dem Maßnahmen aus allen Politikbereichen gebündelt werden."

## Kurz kommentiert

### Mindestlohn ist Schicksalsfrage fürs Vogtland

Bei der Wahl am 27. September geht es um viele wichtige Fragen. Eine überträgt in ihrer Bedeutung jedoch alle anderen: Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Für Deutschland insgesamt geht es dabei um wichtige Dinge. Soll man künftig mit dem Lohn aus einem Vollzeitjob auch ordentlich leben können, oder geht die Spirale weiter nach unten? Soll das SGB II zu einer Subvention für Dumpinglöhne verkommen, wie die CDU dies mit ihrem "Mindesteinkommen" bereits heute im Wahlprogramm fordert, oder kann dies verhindert werden? Dies allein wäre schon Grund genug, diesmal nicht CDU oder FDP zu wählen. Für das Vogtland sind die Folgen einer schwarz-gelben Bundesregierung jedoch noch viel dramatischer. Wer am Sonntag CDU oder FDP wählt, macht das Jahr 2011 zum Schicksalsjahr für das Vogtland. Im Frühjahr 2011 kommt es in Deutschland unwiderruflich zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit der Tschechen. Dann kann jeder Arbeiter aus Böhmen über die Grenze kommen und sagen: "Ich arbeite auch für 2 Euro 50 die Stunde." Ohne Mindestlöhne rollte dann eine Dumpingwalze durch den grenznahen Raum und damit auch quer durch das Vogtland. Wer das nicht will, muss am 27. September mit beiden Stimmen Schwarz-Gelb verhindern.

Rolf Schwanitz



## CSU-Pläne richten sich direkt gegen den Osten

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz kritisierte die Äußerungen der beiden CSU-Politiker Seehofer und Söder zum Gesundheitsfonds. "Die Ankündigungen der CSU sind eine massive Bedrohung für die Versicherten und Ärzte im Osten", so Schwanitz zu den Veröffentlichungen in der "Sächsischen Zeitung" und der "Passauer Neuen Presse". Die CSU-Politiker hatten im Falle ihrer Regierungsübernahme in Berlin Änderungen am Gesund-

heitsfonds und am Risikostrukturausgleich angekündigt. Dabei soll es zu einer "stärkeren Regionalisierung" und einer Umverteilung der Fondsgelder zu Gunsten von Bayern kommen. Rolf Schwanitz wies darauf hin, dass der Gesundheitsfonds seit 2009 erstmalig keinen Unterschied mehr bei der Mittelzuweisung nach reichen und armen Regionen macht. Es spielt für die Kasenzuweisungen keine Rolle mehr, ob man viele oder wenige Arbeitslose, hohe oder niedrige Löhne in der Region hat. Das Geld wird den Kassen nach der Krankheitslage ihrer Versicherten zugewiesen. "Das schafft mehr Solidarität zwischen den Versicherten und Regionen und genau das will die CSU wieder abschaffen", so Schwanitz weiter. Der SPD-Politiker wies auch darauf hin, dass die

Pläne der CSU nicht nur eine Bedrohung für die ostdeutschen Versicherten sind. Sie richten sich auch direkt gegen die Ärzte im Osten. Die bessere Mittelzuweisung nach Krankheiten, so Schwanitz weiter, ist auch die materielle Voraussetzung für die gerade begonnene Reform der Arzthonorare. Allein in Sachsen haben die Ärzte dadurch gegenüber dem Vorjahr einen Honorarzuwachs von rund 15 Prozent erhalten. Dieser Honorarsprung hat auch zentrale Bedeutung für die künftige ärztliche Versorgung in den ländlichen Räumen. Deshalb warnt Schwanitz mit Nachdruck: "Wer jetzt das Geld wieder nach Bayern schieben will, der nimmt es zuerst und gerade den Ärzten und der medizinischen Versorgung im Osten. Am 27. September geht es deshalb auch darum, eine solche schwarz-gelbe Geisterfahrt in die Vergangenheit zu verhindern!"



**Solidarität: Fremdwort für die CSU - nicht nur in der Gesundheitspolitik**

## Plakatwettbewerb für einen gesetzlichen Mindestlohn: Schwanitz übergibt Preis an den Gewinner



Am 11. September traf sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz mit Mathias Kober aus Plauen, dem Gewinner des Plakatwettbewerbs zur Einführung eines gesetzlichen

Mindestlohns. Bei dem Treffen gratulierte Schwanitz dem Gewinner und übergab den Preis für den besten Wettbewerbsbeitrag, ein A4-Grafiktablett von Wacom und einige gedruckte Exemplare des Gewinnerplakats im Format A1. Das Plakat wurde inzwischen im Vogtland plakatiert und ist noch bis zur Bundestagswahl am 27. September zu sehen. Mathias Kober zeigte sich bei dem Treffen hoch erfreut, dass er mit seinem Beitrag den Plakatwettbewerb gewonnen hat und nahm sein neues Arbeitsmittel - das Grafiktablett - mit großer Begeisterung entgegen. Schwanitz bedankte sich

bei Kober für den originalen Wettbewerbsbeitrag und sagte: "Ich bin sehr glücklich über diese phantasievolle Unterstützung beim Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn." Der gesetzliche Mindestlohn ist ein wichtiges Thema des Bundestagswahlkampfes. Ziel der SPD ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine unterste Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Die Höhe des Mindestlohns soll von einer Kommission festgesetzt werden. Die SPD hält dabei einen Stundenlohn von 7,50 Euro für eine sinnvolle Orientierungsmarke.

### Kurz gemeldet

#### Das Aus für Günthers Schul-Versprechen

Die FDP im Vogtland kritisierte bisher die verfehlte Schulschließungspolitik des früheren sächsischen Kultusministers Flath (CDU), zuletzt durch den FDP-Bundestagsabgeordneten Günther beim Kandidatenforum des Wochenspiegels/VRF unter Hinweis auf den FDP-Slogan "Wort halten". Auf eine Nachfrage, ob diese Entscheidungen denn nun unter einer CDU/FDP-Koalition auch rückgängig gemacht würden, gab er keine eindeutige Antwort. Nachdem nun der CDU/FDP-Koalitionsvertrag vorliegt ist klar, dass keine Schulschließung rückgängig gemacht wird. Das Thema Schulschließungen wird im Vertrag mit keinem Wort erwähnt. "Herrn Günthers Ankündigungen aus dem Wählerforum haben sich nach nur 6 Tagen vollständig in Luft aufgelöst!", stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz fest.

#### Schwanitz im Wahlkampf unterwegs

Rolf Schwanitz tourt derzeit im Wahlkampf durchs Vogtland. Bei mehr als einem Dutzend Infoständen wird er dabei die Menschen persönlich informieren. "Die CDU will keinen inhaltlichen Wahlkampf machen. Darauf lasse ich mich nicht ein. Ich möchte den Menschen ehrlich sagen, was bei einer schwarz-gelben Regierung auf sie zukommen wird", so Rolf Schwanitz über seinen Wahlkampf. Für ihre Forderungen nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der Sicherung von Arbeitnehmerrechten oder einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem stießen die SPD-Wahlkämpfer bisher auf große Zustimmung.

## Lehren aus der Krise ziehen und die Lasten fair verteilen

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück haben Anfang September ihre Vorstellungen zur Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Sie wollen, dass Deutschland sich auf europäischer und internationaler Ebene mit Macht dafür einsetzt, dass alle Finanzgeschäfte weltweit besteuert werden. Allein in Deutschland würde diese Finanzmarktsteuer Einnahmen von rund 20 Milliarden Euro im Jahr bringen. Bereits in ihrem Regierungsprogramm forderte die SPD auf nationaler Ebene die Einführung einer Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild. Steinmeier und Steinbrück machen klar, dass die Rettung der Banken notwendig war, um die Kreditversor-

gung der Wirtschaft sicherzustellen. Sie fordern, dass die Finanzmärkte ihren Teil zur Finanzierung der Krisenlasten beitragen. Die Gebühren und Ausgleichsbeiträge, welche die Banken für die Hilfen zahlen müssen, reichen nach ihrer Auffassung nicht aus. Deshalb ist eine internationale Finanzmarktsteuer notwendig. Nur mit ihrer Hilfe können die von der Finanzmarktkrise verursachten Kosten gerecht gegenfinanziert werden. Für den Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz ist klar, dass es am 27. September auch um eine Richtungsentscheidung in dieser Frage geht. "Klare Regeln für die Finanzmärk-

te oder Casino-Kapitalismus wie vor der Krise. Wir Sozialdemokraten wollen, dass diejenigen, die die Krise verschuldet haben, auch die Lasten der Krise tragen müssen. Die CDU/CSU steht dafür, dass alles so bleibt wie vor der Krise. Und die FDP lehnt alle Initiativen zu einer wirkungsvollen Finanzmarktregulierung ab.", sagte Schwanitz.



**Finanzen**  
Investition statt Spekulation!



## Afghanistan-Mission zum Abschluss bringen

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hat letzte Woche einen Zehn-Punkte-Plan zum Abschluss des Afghanistan-Einsatzes vorgelegt. Er beschreibt verbindliche Ziele und klare Wegmarken, damit die Afghanen selbst für Sicherheit im Land sorgen und die deutschen Soldaten zurückkehren können. Einen "kopflösen" Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, wie ihn etwa die Linkspartei fordert, lehnt Steinmeier ab. Auch im TV-Duell betonte der Kanzlerkandidat, dass dies unverantwortlich sei. Worauf es ankomme, sei eine klare Perspektive, die gemeinsam mit dem neu gewählten afghanischen Präsidenten entwickelt werde. In einem Zehn-Punkte-Papier formuliert Steinmeier daher als vorrangigstes Ziel, "dass die afghanische Armee und Polizei so schnell wie möglich die alleinige Sicher-

heitsverantwortung übernehmen können". Die Grundlagen dafür müssten in der nächsten Legislaturperiode geschaffen werden. Je schneller dieses Ziel erreicht werde, desto eher könne die Präsenz internationaler Truppen in Afghanistan beendet werden. Konkret spricht sich Steinmeier dafür aus, in der neuen Fünf-Jahres-Zielvereinbarung für Afghanistan (Afghan Compact) klare Kriterien und zeitliche Vorgaben festzuschreiben. Man dürfe sich nicht mehr "mit vagen Zielmarken begnügen". Stattdessen würden konkrete, verbindliche Ziele und zugleich wirksa-



me Vorkehrungen gebraucht, um die Umsetzung zu überwachen. Das gilt sowohl für die Korruptionsbekämpfung in der afghanischen Regierung wie auch für die Ausbildung der Polizei. Die Zahl der Polizeiausbilder und das Tempo der Ausbildung sollten daher verdoppelt werden, schlägt Steinmeier vor. Der Zehn-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier ist auf der Homepage von Rolf Schwanitz zu finden: [www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

## Angebote für die eigene Gesundheit

Ist mein Blutdruck in Ordnung? Funktioniert das Gehör einwandfrei? Wie fühlt es sich an, wenn man 1,3 Promille Alkohol im Blut hat? Stimmt mein Lungenvolumen? Ist Leitungswasser gesund? Diese und andere Fragen konnten die Auerbacher am 3. September auf dem Neumarkt klären. Das Gesundheitsamt hatte zum Gesundheitstag geladen und Hunderte waren gekommen. Unter ihnen auch der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium interessierte er sich natürlich besonders über die Angebote vor Ort und kam mit den Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes ins Gespräch. Dabei ging es vor allem um Fragen der Prävention, aber auch aktuelle

Probleme wie die Schweinegrippe spielten eine Rolle. Und natürlich ließ es sich Rolf Schwanitz nicht nehmen, einige der Angebote selbst zu nutzen. So ließ er seinen Blutdruck messen und machte einen Hörtest. Am Stand der Suchtberatung lobte er die Aktivitäten der Mitarbeiterinnen im Jugendbereich. Interessant fand Rolf Schwanitz auch

die Angebote vom "1. Gesundheits- und Rehasportverein Vogtland". Neben fachspezifischem Rehabili-

tationssport bietet der gemeinnützige Verein auch Gesundheits- und Breitensport für jedermann. Rolf Schwanitz bewertete die Gesundheitsmärkte, die außer in Auerbach auch in Reichenbach und Plauen stattfanden, als gelungene Aktion und dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitsamtes für ihr Engagement.



Rolf Schwanitz beim Blutdruckmessen

## Vor 20 Jahren

**1.10.1989:** Gründung des Demokratischen Aufbruchs

**2.10.1989:** 15.000 Teilnehmer bei Leipziger Montagsdemo

**7.10.1989:** Demonstrationen in Plauen, Dresden, Berlin, Leipzig, Jena, Magdeburg, Ilmenau, Arnstadt, Chemnitz und Potsdam

**7.10.1989:** Gründung der SDP

**8.10.1989:** In Dresden gründet sich die "Gruppe der 20"

**9.10.1989:** 70.000 Teilnehmer bei Leipziger Montagsdemo

**11.10.1989:** Die SED kündigt Vorschläge für einen "attraktiven Sozialismus" an

**14.10.1989:** Landeskonzferenz des Neuen Forums

**16.10.1989:** 150.000 Teilnehmer bei Leipziger Montagsdemo

**17.10.1989:** Das SED-Politbüro setzt Generalsekretär Erich Honecker ab

**18.10.1989:** Der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz kündigt eine "Wende" an

**21.10.1989:** Zahlreiche Demonstrationen, darunter in Plauen mit 30.000 Teilnehmern

**23.10.1989:** 300.000 Teilnehmer bei Leipziger Montagsdemo

**26.10.1989:** Die "Gruppe der 20" nimmt an der Dresdner Stadtverordnetenversammlung teil

**30.10.1989:** Die DDR-Propagandasendung im Fernsehen "Der Schwarze Kanal" wird abgesetzt

# Zehn Gründe gegen schwarz-gelb

## Kurz gemeldet

### Nazis aus dem Takt bringen - Starke Stimmen gegen Rechts

Dieser vom SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit The BossHoss, Smudo, Tim Renner, Oceana und dem Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, initiierte Band-Wettbewerb ist beendet. Ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen von Gewerkschaften über die evangelische Jugend, die Arbeiterwohlfahrt, den BDKJ, die Deutsche Schreiberjugend und den Zentralrat der Juden in Deutschland unterstützte die Initiative. Denn der Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus geht alle an. Mehr als 300 Bands haben an dem Bandwettbewerb teilgenommen, abgestimmt wurde im Internet. Die Gewinner waren die Bands Cosma, HeMaTom sowie die Empty Guns. Mit den Gewinnern des Wettbewerbs und prominenten Künstlern wurde eine CD produziert, die kostenlos abgegeben wird. Der vogtländische Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz (SPD) unterstützt das Projekt und hat 200 CD's vorrätig, die er gratis an Interessierte abgibt. Wer die Nazis aus dem Takt bringen möchte, kann sich die CD bei den SPD-Informationsständen zur Bundestagswahl bei Rolf Schwanitz persönlich abholen. Termine und Orte sind auf der Homepage von Rolf Schwanitz zu finden:

[www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)



**1. Schwarz-Gelb heißt: Kein solidarischer Lastenausgleich - Steuererleichterungen für Wohlhabende, auf dem Schuldenberg bleiben alle sitzen.** Die von der Union vorgeschlagenen Steuermaßnahmen führen zu Mindereinnahmen von mindestens 20 Mrd. Euro; die FDP plant Mindereinnahmen von 80 Mrd. Euro bei der Einkommensteuer. Das gesamte liberale Steuerprogramm summiert sich auf minus 160 Mrd. Euro. Das begünstigt Spitzenverdiener mit einem Einkommen von 250.000 Euro mit rund 20.000 Euro pro Jahr. Dieser Einnahmeverzicht hätte empfindliche Kürzungen zur Folge: Bei Investitionen, bei öffentlichen Dienstleistungen, bei der sozialen Sicherung.

**2. Schwarz-Gelb heißt: Für Geringverdienende bleibt es bei unanständigen Löhnen - Mindestlöhne sind dann vom Tisch.** Union und FDP lehnen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn ab. Stattdessen schlagen sie vor, niedrige Löhne mit Steuermitteln zu subventionieren. Das würde weitere Milliarden für wichtige Investitionen verschlingen.

**3. Schwarz-Gelb heißt: Vier Millionen Menschen verlieren den Kündigungsschutz und ihre Betriebsräte.** Die FDP will den Kündigungsschutz für Beschäftigte in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten abschaffen. Das betrifft die Hälfte aller Arbeitnehmer. 4,3 Millionen Arbeitnehmer ständen ohne Betriebsrat, denn die FDP will in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten auch die betriebliche Mitbestimmung beseitigen.

**4. Schwarz-Gelb heißt: Die Sozialversicherungen werden ausgehöhlt**

**- Privatversicherungen und Teilkaskomodelle sind das Ziel.** Schwarz-Gelb wird den Leistungskatalog der Krankenversicherungen beschneiden. Das bedeutet, dass für einen guten Gesundheits-



schutz teure Zusatzversicherungen abgeschlossen werden müssen. CDU/CSU und FDP fordern Wahl- und Zusatzleistungen und die Weiterentwicklung von Bonus-Modellen und Selbstbehalt-Tarifen.

**5. Schwarz-Gelb heißt: Ende der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung.** Arbeitnehmer werden Kostensteigerungen im Gesundheitssystem allein schultern müssen. Dann werden die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen allein zukünftige Kostensteigerungen tragen müssen. Die FDP will eine unsoziale Kopfpauschale, bei der alle unabhängig vom Einkommen das gleiche bezahlen. Darüber hinaus will sie den Gesundheitsfonds abschaffen und so 12 Milliarden Euro Steuermittel im Gesundheitssystem einsparen.

**6. Schwarz-Gelb heißt: Manager werden auch künftig Millionen kassieren - selbst wenn sie ihren Laden gegen die Wand fahren.** Die Liberalen lehnen Eingriffe bei Managergehältern ab. Die Union zeigt bei den Landesbanken der Bundesländer,

in denen sie den Ministerpräsidenten stellt, dass sie es nicht ernst meint mit der Begrenzung der Managergehälter. Zuletzt genehmigten Ole von Beust und Peter Harry Carstensen dem Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank 2,9 Millionen Euro Extrazahlung.

**7. Schwarz-Gelb heißt: Die Rechnung bekommt der Steuerzahler - hohe Managergehälter und Abfindungen bleiben unbegrenzt steuerlich absetzbar.** Den Vorschlag der SPD, Gehälter über einer Millionen Euro nur noch zur Hälfte abzugsfähig zu machen, lehnten Union und FDP ab.

**8. Schwarz-Gelb heißt: Die Atomkraftwerke werden weiterlaufen - obwohl niemand weiß, wohin mit dem Strahlenmüll.** Die Union will deshalb die Erkundung des Standorts Gorleben wieder aufnehmen. Das zeigt: sie will sich auf eine unbefristete Laufzeit für AKWs einrichten.

**9. Schwarz-Gelb heißt: Statt Energiewende gibt es die Rolle rückwärts - die Konzerne werden auch in Zukunft mit unsicheren Atommeilern und alten Kohlekraftwerken hohe Gewinne einstreichen.** Die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke auf 40 Jahre beschert den Energieerzeugern Extra-Gewinne von über 61 Milliarden Euro.

**10. Schwarz-Gelb heißt: Kein Jobwunder auf den grünen Leitmärkten der Zukunft.** Die Strategie von Schwarz-Gelb heißt: Wettbewerbsfähigkeit im Export durch Niedriglohn und die Beseitigung von Arbeitnehmerrechten. Das kostet Deutschland seinen technologischen Vorsprung bspw. bei den Umwelttechnologien.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-2277937  
Fax: 030-22776937  
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13  
08523 Plauen  
Tel: 03741-134118  
Fax: 03741-708483  
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

### Sie finden mich auch im Internet:

[www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

### Aus dem Terminkalen- der von Rolf Schwanitz:

23.9.2009, 12 Uhr, Info-  
stand in Falkenstein  
(Schlossstraße)

23.9.2009, 16 Uhr, Info-  
stand in Elsterberg (Diska)

24.9.2009, 9 Uhr, Info-  
stand in Auerbach (Neu-  
markt)

25.9.2009, 8 Uhr, Info-  
stand in Klingenthal  
(Marktplatz)

25.9.2009, 18 Uhr, "Sozi  
frei Haus" in Auerbach

26.9.2009, 15 Uhr, Info-  
stand in Plauen (Kloster-  
markt)

27.9.2009, 12 Uhr, Einwei-  
hung Knollensteig

28.9.2009, 18 Uhr, Landes-  
vorstand SPD-Sachsen

### Die nächsten Bürger- sprechstunden:

Zur Zeit finden die Sprech-  
stunden von Rolf Schwanitz  
nur nach individueller  
Terminvereinbarung statt.  
Anmeldungen können tele-  
fonisch oder auf der Ho-  
mepage von Rolf Schwanitz  
vorgenommen werden.

## Wählerforen im Vogtland

Zu den bevorstehenden Bundestagswahlen treffen die Kandidaten im Vogtland bei einigen Wählerforen direkt aufeinander. So veranstaltete der Wochen-  
spiegel zusammen mit dem Vogtland Regional Fernsehen am 10. September eine Kandidatendiskussion. Dabei sollte den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, die Direktbewerber im Vogtland kennenzulernen. An dem Forum nahm auch Rolf Schwanitz (SPD) teil. Als vordringlichstes Problem wurde über das

gegenüber eine von der SPD angestrebte solidarische, gerechte Gesellschaft aussieht. Auf Unverständnis stieß bei vielen Zuschauern, dass die Moderatoren die wirklich strittigen Themen nicht ansprachen. So wurden weder das Thema Arbeitnehmerrechte, noch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes oder der Atomausstieg aufgegriffen. "Ich hatte erwartet, dass bei der Veranstaltung die 'heißen Eisen' angefasst werden. Dem war leider nicht so."



**Rolf Schwanitz beim Wählerforum des Wochen-  
spiegels/Vogtland Regionalfernsehens**

Thema Wirtschaft und Arbeit diskutiert. Während die anderen Kandidaten nur mit Gemeinplätzen aufwarten konnten, punktete Schwanitz mit den konkreten Vorschlägen des Deutschland-Planes der SPD. "Es muss endlich wieder darüber geredet werden, in welchen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplätze entstehen können und wie eine strategische Politik hierzu aussehen muss", so Schwanitz. Da die anderen Kandidaten ihr Programm nicht vortrugen, machte Rolf Schwanitz deutlich, welche Programmatik schwarz-gelb verfolgt und wie dem-

kritisierte ein Gast. Ganz anders bei der Podiumsdiskussion der Gewerkschaften am 16. September in der Plauer Schützenklausur. Allerdings waren hier neben Rolf Schwanitz nur die Kandidaten der Linken und der Grünen der Einladung der Gewerkschaften gefolgt. Die Vertreter von CDU und FDP, Robert Hochbaum und Joachim Günther, verzichteten auf eine Teilnahme an der Diskussion mit den Gewerkschaftern. So war "Schwarz-Gelb", die selbst ernannte künftige Regierungskoalition, nicht vertreten. Das war sehr schade, denn gerade Gewerkschafter hätten gerne die Positionen der Kandidaten von CDU und FDP zum Mindestlohn, zur Entwicklung von Arbeitnehmerrechten oder zur Sozialpolitik aus erster Hand erfahren. Rolf Schwanitz scheute diese Diskussion jedenfalls nicht und trat

## Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört, mir ham itze e schwarz-gelbe Regierung in Sachsen. Is das net doll?

Was isn daran doll Moritz, außer dass sich de Merkel un der Westerwelle frein! Ich glaub, de Vogtlänner wern noch ihr blaues Wunder erlem.

Awer mer krieschn nu doch neie Minister, Maxe, un die machen alles anders.

Annersch scho, Moritz, awer net besser! Die Schwarz-Gelben kürzen nu beim Arbeitsmarkt, bei der Bildung un bei de Programme geschen de Nazis.

Awer die machen doch och bei irshedewas mehr als die annere Regierung Maxe?

Klar Moritz: bei de Videotheken, bei Autowaschanlagen un bei de Reitwege. Des war denne von der FDP besonnens wichtig.

Hett i des vorher gewusst, Maxe, wärich och zur Wahl gegange.

Mensch Moritz du blöder Hund, dann machs wenigstens am Sonntag richtig!

gewohnt kämpferisch auf. Er verwies auf die Forderung der SPD nach einem allgemeinen Mindestlohn und bekräftigte, dass die SPD an den erkämpften Arbeitnehmerrechten festhalten wolle. Insgesamt war es für Schwanitz ein gelungener Abend, auch wenn die Debatte in der Schützenklausur darunter litt, dass er der einzige Diskussionssteilnehmer war, der die arbeitnehmerfeindlichen Positionen von CDU und FDP thematisierte.